



Bierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 1/2 Sgr. Einzelnummern für den Raum einer fünfzeiligen Seite in Preisliste 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 94. Mittags-Ausgabe.

Sechshundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 24. Februar 1865.

Preußen.

Berlin, 23. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Major v. Somnitz vom Garde-Husaren-Regiment die Schwerter zum rothen Adler-Orden 4. Klasse, so wie dem Sergeanten Peliski, Unteroffizier Breech und Gefreiten Grabert von demselben Regiment, das Militär-Ehrenzeichen 2. Klasse zu verleihen; den als Mitglied der Telegraphen-Direction fungirenden Ober-Telegraphen-Inspector Maron zum Telegraphen-Directions-Rath mit dem Range eines Rathes 4. Klasse; so wie die Kreisrichter Hartwich in Lubau, Pidering in Marienburg, Pilienhain in Thorn, Schumann in Ludek, Streblke in Berent, und Kapff und Neubaus in Schlobau zu Kreisrichtern-Mitgliedern; und den Kaufmann J. Willens in Georgetown Demerara zum Consul daselbst zu ernennen.

Dem Gewerbe-Schullehrer R. J. Uffers zu Brieg ist unter dem 20. Februar 1865 ein Patent auf eine als neu und eigenthümlich erkannte Control-Waage für Rübenzucker-Fabrikanten, auf fünf Jahre ertheilt worden.

Berlin, 23. Febr. [Se. Maj. der König] nahmen heut im Beisein des Commandanten die militärischen Meldungen des Obersten v. Trotha, Commandeur des Schlef. Inf.-Regts. Nr. 6, des Oberst-Lieut. v. Marozowicz vom Generalstab, des Majors Grafen v. Finkenhein vom 1. Pos. Inf.-Regt. Nr. 18, und des Hauptmanns v. Tossa vom 7. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 56 entgegen und empfingen demnächst den Vortrag des Kriegsministers und des General-Lieutenants, General-Adjutanten Frhr. v. Manteuffel.

[Se. Königl. Hoheit ger. Kronprinz] nahm im Laufe des gestrigen Vormittages die Meldungen des Hauptmanns v. Hahnke vom 3. Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabeth, des Premier-Lieutenants Stockmar vom 5. pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 42 und des Premier-Lieutenants von Usedom vom 1. ostpreussischen Grenadier-Regiment Nr. 1 (Kronprinz) entgegen.

Um 12 Uhr war Höchstdieselbe als ehemaliges Mitglied des 1. Garde-Dragoon-Regiments bei dem Empfang einer Deputation des gedachten Regiments durch Se. Maj. den König gegenwärtig.

Hierauf empfing Se. Königl. Hoheit eine aus dem General-Lieutenant a. D. von Derenthal, dem Ritterschaftsrath von Blantenburg, Justizrath Wagener und dem Kammerherrn Freiherrn von Gaffron-Kunern bestehende Deputation des preussischen Volksvereins, welche im Namen des gedachten Vereins Höchstdieselben die für die Kronprinz-Stiftung eingesammelte Summe von 4000 Thlr. überreichte. Um 1/2 5 Uhr war kleines Diner bei Ihren Königl. Hoheiten, zu welchem die Prinzen von Schwarzburg-Sondershausen, Prinz Karl von Hohenzollern, General-Lieutenant von Griesheim und Oberst v. Borstell eingeladen erhalten hatten. (St. A.)

O. C. [Die zur Verabreichung über die Verfassungsmäßigkeit des Prisen-Reglements (allerb. Erl. vom 20. Juni 1864) gewählte besondere Commission, deren Einsetzung durch den bekannten Antrag des Abg. v. Röhne protocoirt wurde, hat heute mit 12 Stimmen gegen 1 folgenden Beschluß gefaßt: „Das hohe Haus der Abgeordneten wolle beschließen: den allerb. Erl. vom 20. Juni 1864, betreffend die Genehmigung eines Prisen-Reglements, so wie der Bestimmungen über das Verfahren in Prisenfällen wegen ermangelnder verfassungsmäßiger Zustimmung der beiden Häuser des Landtags für rechtungswidrig zu erklären.“ Die Regierung, vertreten durch den Geh. Rath Bape vom Justizministerium, und einen Rath der Marineverwaltung hielt an dem Standpunkt fest, den sie im Plenum des Abgeordnetenhauses geltend machte, daß es sich hier um einen Ausfluß der Kriegshoheit und einen Akt der Executive handle, bei welchem die zur Vollendung eines legislativen Aktes berufenen Faktoren nicht mitzuwirken hätten. Seitens der Comm. wurde diese Auffassung im Prinzip und durch den Hinweis auf die hiesige Regierung bestritten, welche gerade in neuester Zeit dem Reichsrath ein Prisenreglement zur vorläufigen Kenntnisaufnahme und Beurtheilung vorgelegt hat, wenn sie gleich die volle Anerkennung seiner legislativen Bestätigung für die in Rede stehende Vorlage bestritten. Jedemfalls hat die österreichische Regierung gezeigt, daß sie das Prisen-Reglement nicht lediglich als einen Akt der Executive behandeln will. Die Berufung auf England wurde von einem Mitgliede der Commission abgelehnt, weil die Minister Englands aus der Mehrheit des Unterhauses herorgehen und verantwortlich sind. — Durch den obigen Beschluß ist der Antrag des Abg. v. d. Seydt, die Zustimmung des Landtags zum Erl. vom 20. Juni 1864 für notwendig zu erklären und sie nachträglich zu ertheilen, beseitigt. — Zum Referenten ist der Abg. John (Sabian) gewählt.

[Die Justiz-Commission] hat heute den Bericht wegen Aufhebung der henebergischen Landes-Ordnung festgestellt und sich mit einer Petition, betreffend die Stellung der Assessoren, beschäftigt. In der nächsten Woche wird sie die Vorlage, betreffend die Gerichtsbarkeit der Consulate und den Antrag auf Wegfall des Zuschlages von 6 Sgr. auf jeden Thaler Gerichtslosten beraten.

[Die Budget-Commission] hat sich heute mit den Anträgen beschäftigt, mit welchen der Generalbericht der Sub-Commission schließt. Die Anträge selbst sind bekannt. Antrag I. ist einstimmig angenommen worden; desgleichen Antrag II., nachdem zwei Verbesserungs-Anträge (a. die Worte „Umgestaltung und“ zu streichen; b. hinter den Worten „der Militär-Etat bedarf“ die Worte einzufügen: „auf gesetzlicher Grundlage beruhenden“) abgelehnt waren; das letztere Amendement deshalb, weil man davon ausging, daß die rechtliche Seite der Frage an dieser Stelle nicht zu erörtern sei, daß der Generalbericht sich nur mit finanziellen Gesichtspunkten zu beschäftigen habe, zumal die Militär-Commission die Rechtsfrage besonders behandeln werde. — Antrag III. wird mit folgendem Zusatz angenommen: hinter dem Worte „Subalternbeamte“ die Worte einzufügen: „Unteroffiziere und Gemeine der Armee.“ — Antrag IV. wird in folgender Fassung angenommen: „Der gegenwärtige Zeitpunkt ist geeignet, eine Reform, resp. Ermäßigung drückender oder zweideutig angelegter Staatslasten, namentlich die Beseitigung des Zuschlages zu den Gerichtskosten, die Herabsetzung des Briefportos und die Beseitigung des Salzmonopols in Angriff zu nehmen.“ So weit reichte die heutige Beschlusfassung; morgen 10 Uhr hat die Budgetcommission wiederum Sitzung und wird dann zum Antrag V. übergehen, zu welchem folgendes Amendement eingebracht ist: an Stelle der Worte: „auf den ursprünglich veranschlagten Betrag von 2,843,260 Thalern jährlich“ zu setzen: „auf den Betrag der die Gebäudesteuern früher vertretenden Steuern von 2,273,336 Thlrn. herabzusetzen.“

Zum Antrag VI. liegt folgendes Amendement vor: „daß jährlich durch das Budget f. gestellt werde, für welche Monate die Klassensteuer und Einkommensteuer zu erheben ist.“

Endlich ist von Birchow ein Antrag VII. eingebracht: „daß Abgeordnetenhaus fordert die kgl. Staatsregierung auf, den vorgelegten Entwurf des Staatshaushalts-Etats zurückzuziehen und einen neuen Entwurf auszuarbeiten, in welchem den Beschläßen von I. — VI. Rechnung getragen wird.“

Man nimmt an, daß der Generalbericht am Abend des Montags zur Vertheilung an sämtliche Mitglieder des Hauses der Abgeordneten kommt, und daß die Debatten im Plenum die zweite Hälfte der nächsten Woche von Donnerstag ab ausfallen werden.

[England, Oesterreich und die Herzogthümerfrage.] Es ist nicht ohne Grund bezweifelt worden, daß England versucht habe, durch Vorstellungen bei der hiesigen Regierung einen Einfluß auf deren Entscheidungen in der Angelegenheit Schleswig-Holsteins zu üben; dagegen glaubt man hier bestimmt zu wissen, daß in der Herzogthümerfrage zwischen England und Oesterreich Schriftstücke gewechselt worden sind, in welchen Oesterreich Gelegenheiten erhalten habe, die Grenzen näher zu bezeichnen, bis zu welchen das wiener Cabinet äußersten Falles mit der preussischen Politik Hand in Hand gehen könne.

Es wird erwartet, daß die Parlements-Verhandlungen in London hierüber gelegentlich authentische Aufklärung geben werden.

[Erklärung in der Coalitionsfrage.] Die Abgg. Dr. Waldeck, Dr. Ziegert, v. Röhne, Dr. Becker, v. Unruh, Köppl, Zacher, Dunder, Löwe (Bielefeld), Kytz, Rassauf, Meibauer, Bresgen, Frenzel, v. Valentini, Dr. Gierth, v. Hovortbeck, Dr. Köller und Hagen haben nachfolgende Erklärung zu den Akten des Hauses gegeben:

Die Unterzeichneten haben übereinstimmend mit dem Commissionsantrage und dem Antrage Schulze-Faucher für die Aufhebung der § 181—182 der Gewerbeordnung gestimmt, ohne dabei vorauszusetzen, daß durch diese beabsichtigte Abänderung zugleich eine Vereinigung in Ansehung der außerdem von der Commission und den Amendementstellern beantragten Aufhebung anderer Gesetze herbeigeführt sei.

Sie constatiren dies, zugleich, daß sie den § 183 der Gewerbeordnung als bereits durch die Verfassung aufgehoben betrachten, und daß sie, wäre die Abänderung fortgesetzt, gestimmt haben würden:

- a) für Aufhebung des § 184 der Gewerbeordnung, der Geld- und Gefährlichkeitsstrafe wegen Nichterfüllung eines Civil-Contractes gegen Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter anordnet;
- b) für Aufhebung der §§ 16, 17, 18 des Gesetzes vom 21. Mai 1860, die Aufsicht der Verarbeitenden und das Verhältniß der Berg- und Hütten-Arbeiter betreffend (Commissionsantrag);
- c) für Aufhebung des Gesetzes vom 24. April 1854 über die Verletzungen der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter (Amendement Becker).

[In der bekannten Injurienklage des Abg. Dr. Langerhans] gegen den Landrath seines Wahlkreises, einen Herrn v. Massenbach, ist der im Interesse des Letzteren erhobene Competenzconflict noch nicht, wie dieser Tage gemeldet wurde, zurückgewiesen, vielmehr ist nur, nach der „Abz.“, den Parteien folgender Vorbescheid des Gerichtshofes zur Entscheidung der Competenz-Conflicte, d. d. 10. Dez. 1864, zugestellt worden: „Auf den in der Injurienprojektsache des Dr. Langerhans zu Berlin gegen den Landrath v. Massenbach zu Samter von der königl. Regierung zu Posen erhobenen Conflict hat der unterzeichnete Gerichtshof den Beschluß gefaßt: daß vor definitiver Entscheidung durch weitere Verhandlung unter den Parteien und nöthigenfalls durch Beweisaufnahme noch näher festzustellen: 1) ob der Verklagte bei den in der Klage bezeichneten Gelegenheiten sich dabei geduldet habe, daß der Kläger sich wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchung befinden; 2) ob und wegen welchem Vergehens der Kläger im Jahre 1863 angeklagt und zur Untersuchung gezogen, unter Abdichtung der betreffenden Untersuchungsverhandlungen; 3) ob und welche Kenntniß der Verklagte von dem gegen den Kläger eingeleiteten Untersuchungsverfahren und dessen Gegenstande zur Zeit der incriminirten Aeußerungen gehabt hat, namentlich, ob und welche amtliche Nachrichten ihm darüber zugegangen waren.“

[Nachwahl.] Aus Zinten ist Dienstag Abend hier die telegraph. Depesche angelangt, daß bei der dortigen Abgeordnetenwahl für den Kreis Geylaus-Heiligenbeil Herr v. Tettaut mit 167 Stimmen gegen 166, die der Gegencandidat Douglas erhielt, zum Abgeordneten gewählt worden ist.

[Verbot.] Die schleswig-holsteinische Regierung hat das in Kopenhagen erscheinende Wochenblatt „Danmark“ für den ganzen Umfang der Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg verboten.

Danzig, 22. Febr. [Marine.] Wie das „Danz. Dampf.“ wissen will, sollen die Segel-Fregatten Thetis und Gestira künftig als Artillerie-Uebungsschiffe verwendet werden und zwar erstere (gleichzeitig als Wachtschiff) für den Kriegshafen an der Jade, letztere für die hiesige Station. — Das Eis, womit die hiesige Bucht während der letzten Wochen bedeckt war, ist in der letzten Nacht mit Südwestwind von der Ostmoole bis gegen Joppot abgetrieben, und jetzt, soweit das Auge reicht, offen Wasser.

Stettin, 21. Febr. [Preßprozeß.] Die „Neue Stett. Ztg.“ vom 30. November v. J. wurde wegen des Leitartikels „Preußen und die Bundesexequation in den Herzogthümern“ von der Polizei mit Beschlagnahme belegt. In demselben wurde die Exequation der Bundesexequation, das Verhalten der Regierungen von Sachsen und Hannover gegen Preußen besprochen und schließlich aus der Exequation-Ordnung vom 3. August 1820 der Nachweis geführt, daß die preussische Regierung das formelle Recht für sich habe bei ihrem Verlangen, der Bundesexequation in den Herzogthümern ein Ziel zu setzen. Beiläufig war dann an einer Stelle eine Betrachtung über den Stand der Nachfrage in Deutschland eingestreut und bemerkt worden, daß, wäre in Preußen eine Regierung am Huber, welche von den Sympathien des Volkes getragen würde, die deutsche Frage sich um einen mächtigen Schritt weiter fördern ließe. „Statt aber — so heißt es weiter — mit einer warmen Theilnahme die Schritte seiner Regierung zu begleiten und denselben die Weite der Kraft zu ertheilen, prüft das preussische Volk, kühl bis ans Herz hinan, die ohne sein Juthun oft abenteuerliche Bahnen beschreibende Politik seiner derzeitigen Staatsmänner.“ Wegen dieser Stelle, namentlich wegen des Ausdrucks „abenteuerliche Bahnen“ war von der Polizeibehörde die Beschlagnahme verhängt worden, das königliche Kreisgericht hob dieselbe jedoch auf und verfügte Freigabe der beschlagnahmten Exemplare. Gegen diesen Beschluß legte hierauf die Staatsanwaltschaft Recurs an das hiesige Appellationsgericht ein, welches zu Gunsten der letzteren entschied und die Beschlagnahme bestätigte. In Folge dessen ward gegen den Redacteur G. Wiemann auf Grund des § 102 des Str.-G.-B. wegen Beleidigung der Minister in Beziehung auf ihren Beruf Anklage erhoben, und stand zur Verhandlung derselben vor der Criminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts unter dem Vorhise des Kreisgerichtsraths Herrn Haupt am Montag Termin an. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. (N. St. Z.)

Mühlhausen (Pr. Sachsen), 18. Febr. [Beschlagnahme.] Gestern wurden, wie der „N. A.“ meldet, in der hiesigen Rode'schen Buchdruckerei die vorräthigen Exemplare der vom Pastor Beckenstedt am letzten Reformationsfeste in der Kirche zu St. Petri abgehaltenen und im Druck erschienenen Predigt mit Beschlagnahme belegt. (Gegen den Prediger ist bekanntlich von katholischer Seite wegen Schmähung der katholischen Kirche denunciirt worden. Wenn wir nicht irren, war die Predigt gegen die vielgenannte Schrift des Bischofs Dr. Martin von Paderborn gerichtet gewesen.)

Deutschland.

Hannover, 19. Febr. [Die zweite Diät der Sitzung des Bundes-Ausschusses für das deutsche Civilrecht] ist, wie ich Ihnen im Voraus anzeigte, vorgestern eröffnet, in so fern feierlich, als der Obren-Präsident, Justizminister Windthorst, sie mit einer Anrede an die Versammlung einleitete. Er hob als erfreuliche Genugthuung hervor, daß der Ausschuß heute zum erstenmale einen Abgeordneten für die Ober-Herzogthümer begräße, und war überzeugt, daß alle mit ihm den Vertreter des gewissermaßen jüngsten Mitgliedes der deutschen Staaten-Familie mit der ganzen Herzlichkeit hier empfangen würden, die jüngsten Gliedern einer Familie stets zu Theil werde. Was die Arbeit der Versammlung angeht, so bezeichnete sie der Minister als ehrenvoll, aber auch als besonders schwierig. Die Schwierigkeit gelte von der Entwerfung einer Civilprozeß-Ordnung überhaupt, vollends aber von einer solchen, die für eine größere Zahl von Staaten bestimmt sei, in denen die jetzt geltenden Prozeßnormen so wesentlich von einander abweichen. Daß die Aufgabe aber nicht unlösbar sei, dafür erkannte der Minister die Bürgschaft in dem Entwurfe der ersten Lesung. Bedürfte dieser Entwurf, wie die ganze Versammlung mit ihm annehmen würde, auch noch sorgfältigster Ueberarbeitung, so enthalte er doch die Gewähr des endlichen Gelingens eines Wertes, dessen hohe Bedeutung für das gesammte deutsche Vaterland um so fester zur Geltung kommen werde, je reicher es an innerem Werth und je reicher es vollendet sein würde. Der Abgeordnete für Oesterreich, Dr. Ritz, dankte für die Worte des Ministers und bat, daß derselbe auch dem Könige den Dank der Versammlung für die huldvolle

Fürsorge ausdrücken wolle, die Seine Majestät den Bedürfnissen und Zwecken des Ausschusses habe angedeihen lassen. Dr. Ritz übernahm dann wieder die Leitung der Geschäfte. Anwesend waren die Abgeordneten für Oesterreich, Baiern, Sachsen, Württemberg und Baden, Hessen-Darmstadt, Mecklenburg, Holstein-Lauenburg, Nassau und Sachsen-Weimern. — Neben diesem deutlichen Ausschusse tagt hier gleichzeitig ein hannoverscher von zwanzig Richtern, die eine Ausführungs-Verordnung zu dem neuen Hypothekengesetz im Auftrage des Justizministers zu entwerfen haben. (N. Z.)

Tondern, 19. Febr. [Dänischgesinnte] Gestern war ein Kirchenjurat aus Nordflügum wegen politischer Umtriebe vor das hiesige Visitatorialgericht geladen. Er stand u. A. in Verdacht, das angeordnete Kauten am Friedensfeste auf indirectem Wege verhindert zu haben. Man hat eine strenge Untersuchung nicht für nöthig befunden, ihn einfach seines Amtes entlassen und ihn dann gehen lassen. Auch in Mögeltondern soll neulich in Folge eines unpassenden Benehmens der Dänischgesinnten gegen österreichische Jäger etwas von Schlägereien vorgefallen sein.

Italien.

Neapel, 16. Febr. [Die Familie Murat] tritt neuerdings mit Ansprüchen auf ihre ehemaligen Domänen hervor. Den Richtern des Appellhofs und vielen Regierungsbeamten, ist ein starker Band überreicht worden, in dem die Documente gesammelt sind, auf welche die Murat ihre Ansprüche stützen. Joachim Murat besaß vor der Bestätigung des Throns von Neapel in Frankreich liegende Gründe für beiläufig 20 Millionen. Als er König wurde, verkaufte er seine Güter in Frankreich und legte das Geld in Domänen im Neapolitanischen an. Er baute Häuser und Paläste mit Mitteln, welche nicht der Civilliste entnommen waren, und folgte darin dem Beispiel Napoleons I., der auch in jenen Provinzen Privatbesitzungen im Werthe von 10 Millionen besaß. Die Restauration adte die Besitzungen des Kaisers Napoleon I., confiscirte aber diejenigen der Murat. Diese protestirten, natürlich erfolglos, legten aber gegenwärtig gegen die Gesellschaft für den Verkauf der Staatsdomänen gerichtliche Inhibition ein, und waren unter Minghetti schon nahe daran eine Transaction abzuschließen. Der neue Minister Sella zeigt sich aber hierzu nicht geneigt, und ruft das Recht der vollendeten Thatfachen an. Infolge dieser Antwort beginnen jetzt die Murat den interessantesten regelmäßigen Prozeß.

Frankreich.

* Paris, 21. Februar. [Die Antwort des Cardinals Antonelli] auf die Note des Herrn Drouyn de Lhuys vom 8. Febr. ist der „Patrie“ zufolge hier eingetroffen. Die päpstliche Regierung hat einstweilen klein beigegeben, und die Antwort Antonelli's ist so demüthig ausgefallen, daß man hier keine Einwendung dagegen erhebt, wenn Chigi weiter auf seinem Posten verbleiben will. Diese Antwort soll, den Einigen zufolge, im „Moniteur“ erscheinen, nach Anderen bloß in der Kammer vom Staats-Minister verlesen werden.

[Dem Anfange der Adressdebatten] sieht man mit Spannung entgegen. Im Publikum wendet man sich mit um so größerem Interesse den erwarteten Reden zu, als diese sich ganz vorwiegend mit den inneren Angelegenheiten befassen sollen. Herr Thiers zeigt sich sogar geneigt, auf seine Rede über den September-Vertrag zu verzichten, und, wie man mir erzählt, soll das genannte Oppositions-Mitglied seinen Bericht dadurch rechtfertigen, daß gegen Italien nun nichts mehr ausgerichtet werden könne, nachdem der Kaiser sich durch den September-Vertrag entschieden auf den Standpunkt der italienischen Einheit gestellt habe: „Bis zum 15. Septbr. konnten die alten Fürsten Italiens noch einige Hoffnung haben, jetzt ist ihnen dieselbe auch bis auf den letzten Schimmer benommen! Der Kaiser hat die Einheit proclamirt, und diese ist unerschütterlich, es mögen nun Rom und Venedig einen Bestandtheil des neuen Königreichs bilden oder nicht.“ Vielleicht besinnt sich Herr Thiers jedoch noch und läßt sich von seinen ultramontanen Freunden zu einer Bertheiligungsbemühung für die weltliche Gewalt des Papstes gewinnen.

[Die Adresscommission.] Heute fand im gesetzgebenden Körper die Ernennung der Adresscommission statt. Dieselbe besteht aus den Deputirten André (Charente), Rouleau-Dugage, Granier de Cassagnac, Graf Lebon, Du Miral, Alfred Leroux, Schneider, Grossier und David Deschamps. Die Opposition hat in ihrer letzten Parteiverammlung, der Thiers, Berryer und Lanjuinais beizuhören, beschlossen, daß man mit der auswärtigen Politik Zeit und Kraft nicht verschwenden, sondern mit allem Nachdrucke sich mit den inneren Verhältnissen beschäftigen und in Amendements dem Lande nützlich zu machen suchen wolle. Es ist hiermit Ernst, so steht eine ruhige, doch wirksame Session zu erwarten.

Niederlande.

Haag, 20. Febr. [Parlamentarisches. — Schutzöllneret. — Auswanderung.] Es heißt, daß die Kammern auf den 28. v. M. einberufen sind. — Das Eisenwerk von unseren neuen Staatsbahnen wird an den Mindestfordernden verdingen, so zwar, daß ausländische Fabriken nicht ausgeschlossen sind. In Folge dessen sind denn auch die meisten Arbeiten dieser Art in die Hände fremder Unternehmer übergegangen. Deshalb wenden sich nun die inländischen Fabrikanten mit einer Monte-Petition an die Regierung, die von 2000 Arbeitern gezeichnet ist; natürlich, um Ausschließung fremder Concurrenz zu begehren. Die liberale Presse ist einstimmig in scharfer Beurtheilung dieser Maßregeln. Der Volkswirth kann selbstverständlich kaum darüber in Zweifel sein, daß die Petenten abzuweisen sind. Denn es handelt sich hier nicht um den Schutz einer noch in den Windeln liegenden Industrie gegen übermächtige Mitbewerber. Doch es ist nicht die Petition selbst, was die liberale Presse so stark verdammt, vielmehr daß sie die Fabrikherren von ihren Arbeitern unterzeichnen lassen, die in Holland wenigstens über Schutz-zoll oder Freihandel kein selbständiges Urtheil haben, und hinter deren maßgebendsten Auftreten holländische Vorstände eine Drohung wittert. Natürlich steht der große Fabrikant J. Rogout zu Mailisch, obgleich kein Eisenmann, doch wieder an der Spitze dieser protektionistischen Bewegung. — Welches Schicksal die große Mehrzahl der Auswanderer nach den niederländischen Besitzungen in Ostindien trifft, erhebt aus einem merkwürdigen Altenstück, das der Colonialminister veröffentlicht. Unter 650 Einwanderern, die in jängster Zeit auf Java u. s. w. gestorben sind, bat der Reichste seinen Verwandten hinterlassen ein Vermögen von 4 Old. 99 C., der Armee 2 C. Von diesen 650 waren etwa 400 Nicht-Niederländer, meist Deutsche, ferner Belgier und Franzosen, auch einige Engländer. (N. Z.)

Dänemark.

* Kopenhagen, 19. Febr. [Niederlage des Ministeriums. — Die Ministerkrisis.] Die demokratische Partei der „Bauernfreunde“ hat dem Ministerium gestern im Volksthing mit Beziehung auf die Verfassungsfrage eine scharfe Niederlage beigebracht, indem mit 50 gegen 42 Stimmen das Amendement der „Bauernfreunde“ angenommen wurde, demzufolge die Competenz des Reichs-

raths auf die Zustimmung zur Aufhebung der Novemberverfassung beschränkt werden soll, nachdem der dänische Reichstag zuvor die auf dem Jahre 1855 datirte Beschränkung des dänischen Staatsgrundgesetzes vom 5. Juni 1849 aufgehoben haben wird.

Schweden.

Stockholm, 10. Febr. [Umgestaltung des schwedisch-norwegischen Unionsvertrags. — Vorschlag zur Verfassungsreform.] Der König hat sich auf acht Tage nach Norwegen begeben, um — so lautet die offizielle Erklärung — sich von den Vätern und Schmäusern der letzten Wochen zu erholen.

Amerika.

Rio de Janeiro, 23. Jan. [Der Krieg mit den La Plata-Staaten.] Die hiesige Regierung befindet sich in großer Sorge über die Fortschritte, welche General Lopez in der Provinz Matto Grosso machen wird, da ihm gar keine regulären Streitkräfte gegenüberstehen.

10 Uhr nach dem Hause Reuschestraße Nr. 13, wo in einem Parterrelocal Feuer ausgebrochen sein sollte. Ein solches wurde nicht vorgefunden, vielmehr stellte sich heraus, daß das in Rede stehende Local renovirt, und um es zu trocknen, ein eiserner mit glühenden Kohlen gefüllter Ofen darin aufgestellt worden war, der dadurch verursachte Rauch und Dampf aber Vorübergehende auf die Vermuthung eines Feuers gebracht hatte.

Glogau, 23. Febr. [Prozesse.] Das hiesige königl. Kreis-Gericht beschäftigte sich heute mit drei Prozeßsachen gegen drei in Sachsen, Baiern und Württemberg erscheinende Zeitungen. Ueber den hier gegen die Redactoren des „Niederschles. Anzeigers“ verhandelten Ofenklappen-Prozess haben die genannten Blätter sehr scharfe Kritiken über die Art und Weise, wie in dem betreffenden Termin seitens des Gerichtshofes gehandelt wurde, besonders aber über das ergangene Urtheil mitgetheilt.

Brieg, 24. Febr. [Freiegebung.] Die Redaction des hiesigen „Oberblattes“ teilt an: „Die Rathskammer des hiesigen Kreisgerichts hat die Beschlußnahme der Nr. 21 unseres Blattes nicht für gerechtfertigt erklärt und dieselbe aufgehoben.“

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns: Barometerstand bei 0 Grad, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Includes data for Breslau, 23. Febr. 10 U. Ab. and 24. Febr. 6 U. Morg.

Hamburg, 22. Febr. [Schlachthofmarkt.] An den Markt gebracht wurden 128 Stück großes Hornvieh, wovon 82 Stück unterkauft blieben. Preis 36—48 M. pr. 100 Pfd.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. Paris, 23. Febr., Nachm. 1 Uhr. Bei Abgang der Depesche wurde die Proz. Rente zu 67, 30, Ital. Rente zu 64, 85, Credit-Mobilier zu 911, 25, Lombarden zu 571, 25, Staatsbahn zu 442, 50 gehandelt.

London, 23. Febr., Nachm. 4 Uhr. Käufer Himmel. Consols 89 1/2, 1proz. Spanier 40 1/2, Sardinier 79, Mexikaner 26 1/2, 5proz. Russen 91 1/2, Neue Aukten 99 1/2, Silber 61 1/2, Türkische Consols 51 1/2.

Hamburg, 23. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen rubig, April-Mai 54 00 Rb. netto 92 1/2, Bantobaler Brief, 92 Geld, Roggen matt, wenig Course.

Breslau, 24. Febr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Ring Nr. 7 zwei Paar neue Manns-Unterhemden, gezw. M. S. u. O. S., eine Frauen-Unterhose und ein neuer weißgemusterter Patchent-Unterrock.

Breslau, 24. Febr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Ring Nr. 7 zwei Paar neue Manns-Unterhemden, gezw. M. S. u. O. S., eine Frauen-Unterhose und ein neuer weißgemusterter Patchent-Unterrock.

Breslau, 24. Febr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Ring Nr. 7 zwei Paar neue Manns-Unterhemden, gezw. M. S. u. O. S., eine Frauen-Unterhose und ein neuer weißgemusterter Patchent-Unterrock.

Breslau, 24. Febr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Ring Nr. 7 zwei Paar neue Manns-Unterhemden, gezw. M. S. u. O. S., eine Frauen-Unterhose und ein neuer weißgemusterter Patchent-Unterrock.

Julii 13 1/2 — 1/2 Tbl. bez., Br. und Old. Juli-Aug. 14 1/2, — 1/2 Tbl. bez., Old. 1/2 Tbl. Br., Aug.-Sept. 14 1/2 — 1/2 Tbl. bez. Weizen ohne Veränderung im Werthe. Von Roggen in loco bleiben die Offerten anhaltend sehr mäßig und wurden die Kleinigkeiten, welche zur Notiz kamen, zu festen Preisen gehandelt.

Berliner Börse vom 23. Februar 1865.

Table with columns: Fonds- und Gold-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Dividende pro 1862 1863 Zt., Ausländische Fonds, Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Bank- und Industrie-Papiere, Wechsel-Course.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Bank- und Industrie-Papiere, Wechsel-Course.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Bank- und Industrie-Papiere, Wechsel-Course.

Stettin, 23. Febr. Weizen wenig verändert, loco pr. 85 Pfd. gelber 46—52 1/2 Tbl. bez., 83—85 Pfd. gelber pr. Frühjahr 52 1/2 — 1/2 Tbl. bez., Mai-Juni 53 1/2 Tbl. bez., 1/2 Tbl. Old., Juni-Juli 54 1/2 Tbl. Br., Juli-Aug. 55 1/2 Tbl. Br.

Breslau, 24. Februar. Wind: Süd. Wetter: schön. Thermometer früh 7 Grad Kälte. Am heutigen Markte zeigte sich ausschließlich Frage nach feiner Waare, geringe Sorten waren vernachlässigt.

Breslau, 24. Februar. Wind: Süd. Wetter: schön. Thermometer früh 7 Grad Kälte. Am heutigen Markte zeigte sich ausschließlich Frage nach feiner Waare, geringe Sorten waren vernachlässigt.

London, 24. Februar. Reuters „Office“ veröffentlicht Nachrichten aus Shanghai vom 9. Januar: Der englische Gesandte Alcock ist aus England zurückgekehrt und überbringt eine Convention mit dem Taikun, Gewähr leistend: freie Schifffahrt in den inneren Meeren, Eröffnung eines Consulates in Simonsaki oder Zahlung einer Entschädigung für die Expedition nach Simonsaki.